



Detailansicht des Registereintrags

Frauenhauskoordinierung e.V.

Aktuell seit 01.04.2026 14:42:34

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002211
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	01.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	09.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: FHK Tucholskystr. 11 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493033843420 E-Mail-Adressen: info@frauenhauskoordinierung.de Webseiten: frauenhauskoordinierung.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

80.001 bis 90.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,08

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Stefanie Leich**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
2. **Katharina van Elten Dr.**
Funktion: Vorstand
3. **Katrin Frank**
Funktion: Vorstand
4. **Sina Küster**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Dorothea Hecht**
2. **Sibylle Schreiber**
3. **Stefanie Leich**
4. **Katharina van Elten Dr.**
5. **Katrin Frank**
6. **Sina Küster**

Gesamtzahl der Mitglieder:

23 Mitglieder am 01.02.2024, davon:

19 natürliche Personen

4 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (7):

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.
2. Bündnis Istanbul-Konvention ohne Trägerschaft
3. UN Women Deutschland e.V.
4. CEDAW-Allianz Deutschland c/o Deutscher Frauenrat e.V.
5. Verein: Women Against Violence Europe (WAVE)
6. Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft (AKF) e.V.
7. National Coalition Deutschland, Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):

Menschenrechte; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Cybersicherheit; Extremismusbekämpfung; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Datenschutz

und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Migration; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Frauenrechte; Rechtsanspruch auf Gewaltschutz; Finanzierung Frauenhäuser und Unterstützungseinrichtungen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Frauenhauskoordinierung e. V. (FHK) sucht durch direkte Anschreiben und Positionspapiere den Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Das Thema Gewaltschutz für Frauen und ihre Kinder steht dabei im Mittelpunkt. Zudem werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, zu denen auch Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden, um diese von unseren Positionen zu überzeugen. Es werden Stellungnahmen veröffentlicht und /oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. **Gewalthilfegesetz, Verbesserung der Finanzierung von Hilfsdiensten im Gewaltschutz**

Beschreibung:

Verbesserung und auskömmliche Finanzierung des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14025 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Frauenrechte; Rechtsanspruch auf Gewaltschutz; Finanzierung Frauenhäuser und Unterstützungseinrichtungen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504160022 (PDF - 5 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 27.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. **Reform des Kindschaftsrechts, Modernisierung von Sorgerecht, Umgangsrecht und Adoptionsrecht, Kindschaftsrechtsmodernisierungsgesetz, KiMoG**

Beschreibung:

Diskussionsentwurf des Bundesministeriums der Justiz zu einem Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts – Modernisierung von Sorgerecht, Umgangsrecht und Adoptionsrecht (Kindschaftsrechtsmodernisierungsgesetz – KiMoG)

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Frauenrechte; Rechtsanspruch auf Gewaltschutz; Finanzierung Frauenhäuser und Unterstützungseinrichtungen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504160019](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **Änderungen im Familienverfahrensrecht**

Beschreibung:

Verbesserung des familiengerichtlichen Verfahrens bei Partnerschaftsgewalt

Referentenentwurf:

Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren, zur Stärkung des Verfahrensbeistands und zur Anpassung sonstiger Verfahrensvorschriften (20. WP) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 23.07.2024

Federführendes Ministerium: [BMJ \(20. WP\) \[\\[alle RV hierzu\\]\]\(#\)](#)

Betroffenes geltendes Recht:

FamFG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409260081](#) (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. Melderecht, Schutz der Anschrift von Frauenhäusern

Beschreibung:

Vermeidung der Klaradresse von Frauenhäusern im Melderegister und Ausweisdokumenten

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12349 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesmeldegesetzes - (3. BMGÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408220006 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.08.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Strafverschärfung Mordmerkmale, Fußfessel

Beschreibung:

Verschärfung des Straftatbestandes § 211 StGB - Mord - durch Merkmal "körperliche Überlegenheit" und Einführung einer Fußfessel bei Gewalt an Frauen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12085 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches und weiterer Gesetze - Verbesserung des Opferschutzes, insbesondere für Frauen und verletzte Personen

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409260086 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Gesetz gegen digitale Gewalt

Beschreibung:

Verbesserung des Schutzes vor digitaler Gewalt - nicht nur auf der Ebene der Rechtsverfolgung, sondern auch im materiellen Recht

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der privaten Rechtsverfolgung im Internet (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 09.12.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TTDSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504160024 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Entwurf eines Gesetzes zur Effektivierung des Gewaltschutzes in Hochrisikofällen

Beschreibung:

Verschärfung der Strafandrohung bei Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetzes; Einführung einer Deeskalationshaft

Bundsrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 211/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Effektivierung des Gewaltschutzes in Hochrisikofällen

Betroffenes geltendes Recht:

GewSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Opferschutz [alle RV hierzu]; Frauenrechte; Rechtsanspruch auf Gewaltschutz; Finanzierung Frauenhäuser und Unterstützungseinrichtungen

8. Einführung eines elektronischen Überwachungssystem, kurz Fußfessel

Beschreibung:

Durch Anlegen einer sog. Fußfessel bei Tätern häuslicher Gewalt sollen Verstöße gegen das Gewaltschutzgesetz verhindert bzw. sanktioniert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GewSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Frauenrechte; Rechtsanspruch auf Gewaltschutz; Finanzierung Frauenhäuser und Unterstützungseinrichtungen

9. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Beschreibung:

Verbesserung des Gewaltschutzgesetzes durch ganzheitliche Maßnahmen

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/4082 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

GewSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Opferschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510020019 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.09.2025 an:

Bundesregierung

Versendet am 18.02.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Gesetz zur Stärkung der Rechte von Verletzten insbesondere schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten auf psychosoziale Prozessbegleitung**

Beschreibung:

Erweiterung der Straftatbestände zur Beiordnung psychosozialer Prozessbegleitung, insbesondere Delikte, die bei häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt zum Tragen kommen. Dazu Kinderschutz. Verbunden mit besserer Vergütung der Begleitung.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stärkung der Rechte von Verletzten insbesondere schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten auf psychosoziale Prozessbegleitung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 27.11.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Opferschutz [alle RV hierzu]; Frauenrechte; Rechtsanspruch auf Gewaltschutz; Finanzierung Frauenhäuser und Unterstützungseinrichtungen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604010047 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

- 1. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
/Bundesverwaltungsamt (BVA)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin/Osnabrück
Betrag: 370.001 bis 380.000 Euro
Förderung der Frauenhauskoordinierung e.V. (Geschäftsstelle)
- 2. BMFSFJ/BVA**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin/Osnabrück
Betrag: 330.001 bis 340.000 Euro
Digitaler Gewalt im Frauenhaus handlungssicher begegnen
- 3. BMFSFJ/BVA**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin/Osnabrück
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Hilfesystem Inklusiv - Handlungsbedarfe erfassen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

570.001 bis 580.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

- 1. Felix Lobrecht**
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Förderung von Projekt „Kinder im Frauenhaus“
- 2. Cosnova GmbH**
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
Fonds für vulnerable Frauen
- 3. Stiftung Stern - Hilfe für Menschen e.V.**
Betrag: 440.001 bis 450.000 Euro
Fonds für Kinder im Frauenhaus

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

50.001 bis 60.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Der Paritätär Gesamtverband
2. Deutschen Caritasverbandes e.V. und des Sozialdienstes katholischer Frauen - Zentrale e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[283670-Jahresabschluss-2024.pdf](#)